



Haushalt 2018

*Rede von Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingefeld
zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes
in die Stadtverordnetenversammlung Fulda*

„Unser Fulda - neue Ziele klar im Blick!“

I.

Bei der Einbringung des Haushalts 2017 vor einem Jahr habe ich versucht, anhand verschiedener Beispiele vor Augen zu führen, dass unser Fulda nicht nur gefühlt, sondern objektiv betrachtet eine wachsende Stadt ist. Ein Blick auf die vergangenen Monate zeigt, dass sich diese Entwicklung fortsetzt.

Die Einwohnerzahl ist erneut deutlich gestiegen. Im Dezember 2015 hatten wir noch 67.000 Einwohner. Aktuell sind es bereits 68.400. Die Zahl der Studenten hat sich innerhalb eines Jahres von 8.000 auf 9.000 erhöht.

Allein diese zwei Zahlen machen deutlich, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Wachstum ist für eine Stadt grundsätzlich positiv, aber wir alle stehen in der Verantwortung, diese Entwicklung so zu gestalten, dass Fulda weiterhin liebens- und lebenswert bleibt.

Was heißt das konkret? Zunächst einmal, dass wir unsere Entscheidungen gründlich durchdenken und uns immer wieder neu zwei Fragen stellen müssen: Zum einen, was die Ziele einer bestmöglichen Stadtentwicklung sind. Zum anderen, wie es uns gelingen kann, diese Ziele zu erreichen oder zumindest ihnen näher zu kommen.

Bei der Frage, was die wirklich wesentlichen Ziele unseres Handelns sind, will ich unterstreichen: Es geht hier sicher nicht in erster Linie um Großveranstaltungen - auch wenn die öffentliche Berichterstattung aktuell von diesen Themen geprägt sein mag.

Für mich persönlich waren und sind die Förderung der Familien, der Bildung und die Verbesserung der Lebensqualität die zentralen Leitmotive für unsere Stadtpolitik. Konkret leite ich aus diesen Zielen in unserer wachsenden Stadt vor allem die weitere Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowie die Investition in unsere Schulen, Kitas und Bildungseinrichtungen ab. Ich denke, dass wir mit den Haushalten der ver-

gangenen Jahre hier schon ein gutes Stück vorangekommen sind. Gute aktuelle Beispiele sind hierfür die Fertigstellung von neuen Mietwohnungen in der Georg-Antoni-Straße oder die Eröffnung eines neuen Wohnheims des Studentenwerks in der Leipziger Straße. Das neue Haus leistet einen Beitrag dazu, dass innerhalb von nur zwei Jahren die Zahl der Studentenwohnungen in öffentlicher Trägerschaft fast verdoppelt werden konnte.

Gleichwohl bin ich mir bewusst, dass viel Arbeit vor uns liegt. Es geht darum, die Stadt mit ihrem urbanen Kern und den dörflich geprägten Stadtteilen behutsam so weiter zu entwickeln, dass sie den sich wandelnden Bedürfnissen einer wachsenden Zahl von Menschen gerecht wird, ohne dabei ihre Identität und ihren besonderen Charakter zu verlieren.

Eine wahrhaft spannende Aufgabe. Diese können wir nur aktiv gestalten, wenn die dafür erforderlichen Ressourcen nachhaltig zur Verfügung stehen. Mit dem Haushalt 2018 verfolgen wir den Anspruch, einen Rahmen für aktive Stadtentwicklung zu bieten. Dies zeigt sich erneut in Form von höheren Ansätzen, zusätzlichen Stellen und der Ausweitung von Angeboten für unsere Bürgerinnen und Bürger. Der Haushalt 2018 steht dabei zugleich in der Tradition, durch den konsequenten Abbau von Schulden dafür zu sorgen, dass wir nicht nur für wenige Haushaltsjahre, sondern auch auf lange Sicht über Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verfügen.

II.

Eckdaten im Überblick:

Zunächst in guter Tradition zu den grundlegenden Eckdaten des Entwurfs:

Das Haushaltsvolumen erhöht sich im Vergleich zu den Vorjahren wiederum deutlich. Die Gesamterträge belaufen sich auf 189 Mio. EUR, die Aufwendungen auf 187,5 Mio. EUR. Daraus folgt im Ergebnishaushalt ein Überschuss in Höhe von knapp 1,5 Mio. EUR.

Die Tendenz der steigenden Aufwendungen setzt sich fort. Doch auch für 2018 können wir mit höheren Ertragserwartungen rechnen, die zu einem deutlichen Überschuss führen. Diese Entwicklung ist ein Spiegel der aktuell guten Wirtschaftslage.

III.

Erträge:

Für das Haushaltsjahr 2018 rechnen wir mit einem Gesamtsteueraufkommen in Höhe von 100 Mio. EUR, was wiederum eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 6,5 % bedeutet. Der Planansatz für die Gewerbesteuer verbleibt bei 50,5 Mio. EUR.

Die Entwicklung der Gewerbesteuer ist auch im noch laufenden Haushaltsjahr positiv. Gleichwohl warne ich davor, die Entwicklung der vergangenen Jahre für die Zukunft als selbstverständlich anzunehmen. Die Gewerbesteuer ist in hohem Maße volatil. Eine Prognose ist und bleibt hier eine Gratwanderung.

Ein denkwürdiges Beispiel ist die Stadt Frankfurt, die nach derzeitigem Stand trotz der allgemein guten wirtschaftlichen Lage einen Einbruch von 180 Mio. EUR verkraften muss. Hinzu kommt die besorgniserregende Entwicklung der Rechtsprechung, die verstärkt zu nachträglichen Rückforderungen führen kann. Demnach dürfen beispielsweise Unternehmen Verluste aus der Veräußerung von Anteilen, die sogar mehr als 10 Jahre zurückliegen, geltend machen. Die betroffenen Kommunen stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Aktuelle Beispiele für nachträgliche Rückforderungen sind Bremen mit 146 Mio. EUR oder Oberursel im Taunus mit 45 Mio. EUR.

Wir können diese Rechtslage nicht ändern. Da wir als Stadt einer solchen Situation ausgesetzt sind, sind wir umso mehr verpflichtet, vernünftig zu wirtschaften, Maß zu halten und – das ist in Anbetracht der aktuellen Vorhaben wichtig – bei allem, was wir tun, so gut als möglich Fördergelder von Land und Bund zu nutzen.

Der Haushalt sieht stabile Hebesätze der Grundsteuer A, B und der Gewerbesteuer vor. Das unterscheidet uns von der Mehrheit der Kommunen in Deutschland. Laut einer in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zitierten Umfrage planen 2/3 aller Städte und Gemeinden eine Erhöhung der Hebesätze. Auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft steigen Hebesätze.

Wir in Fulda haben bei der Grundsteuer B sowie der Gewerbesteuer unter allen hessischen kreisfreien und Sonderstatusstädten die niedrigsten Hebesätze. Auch im Haushaltsjahr 2018 können wir unter Beweis stellen, dass wir für die Bürgerinnen

und Bürger und die Unternehmen die Belastungen so niedrig wie möglich halten und ein verlässlicher Partner sind!

Eine Absenkung der Hebesätze wäre schlicht nicht sinnvoll. Bei der Grundsteuer B liegen wir mit 330 % bereits unter den so genannten Nivellierungshebesätzen des Kommunalen Finanzausgleichs, d.h., das Land Hessen unterstellt bei uns hier höhere Erträge, was letztlich zu geringeren Schlüsselzuweisungen führt. Bei der Grundsteuer B halte ich dies für vertretbar, um unsere Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu entlasten. Bei der Gewerbesteuer würde eine Absenkung der bei uns geltenden 380 % auf einen Wert unter den Nivellierungshebesatz von 357 % nicht nur den städtischen Finanzen schaden, sondern den Unternehmen kaum oder gar nichts bringen, weil bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften eine Absenkung der Gewerbesteuer zu einer höheren Einkommenssteuerlast führen würde.

Der Ansatz der Einkommenssteuer erhöht sich von 25,2 Mio. EUR auf 28,4 Mio. EUR. Erfreulicherweise setzt sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Auch diese Entwicklung ist nicht selbstverständlich. 2010 lag unser Anteil an der Einkommenssteuer gerade einmal bei 17,5 Mio. EUR, d.h. fast 11 Mio. EUR weniger als jetzt für 2018 geplant. Insgesamt also eine gute Entwicklung, wobei es im Zuge der Etatberatungen noch zu Änderungen kommen kann, da die Ergebnisse der Steuerschätzung im November 2017 noch nicht absehbar sind.

Für die Schlüsselzuweisung des Landes Hessen wird 2018 mit einem Anstieg in Höhe von 400.000 EUR auf 30,5 Mio. EUR geplant. Dieser Ansatz beruht auf einer eigenen ersten vorsichtigen Schätzung zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfs. Erste vorläufige Berechnungen des Landes Hessen deuten aktuell darauf hin, dass sich der Ansatz möglicherweise nicht unwesentlich erhöhen könnte. Dies bleibt aber abzuwarten.

Bei den Konzessionsabgaben und Dividenden wird insgesamt ein leicht höheres Ergebnis von insgesamt 4,8 Mio. EUR kalkuliert.

IV.

Aufwendungen:

Traditionell sind die Personal- und Versorgungsaufwendungen die größte Position. Zusammen stellen die beiden Ansätze mit 56,3 Mio. EUR die höchste Aufwandsgruppe im Ergebnishaushalt dar.

Die Personalaufwendungen steigen um 6,8 % auf insgesamt 48,1 Mio. EUR an. Hauptgründe sind zum einem insgesamt 22,6 neue Stellen - insbesondere in den Bereichen Amt für Jugend-, Familie und Senioren, Gebäudemanagement, Amt für Grünflächen und Stadtservice, Kulturamt sowie Rechts- und Ordnungsamt. Zum anderen führen weitere Personalübernahmen von der proCommunitas und allgemeine Tarifierhöhungen zu steigenden Aufwendungen. Mit der Stärkung des Personals tragen wir nicht nur den zunehmenden Aufgaben einer größer werdenden Stadt Rechnung, sondern setzen auch in diesem Haushalt wieder klare Akzente in den Bereichen Familie, Bildung und Kultur.

Für die zweitgrößte Aufwandsposition des Ergebnishaushalts, die Sach- und Dienstleistungen, sind im Planentwurf 44,4 Mio. EUR vorgesehen, was einer Steigerung von 6,6 % entspricht. Die Erhöhung resultiert insbesondere aus steigenden Aufwendungen für die Schulen, das Theater- und Konzertprogramm, die Integrationskurse der VHS, Kindertagesbetreuung, Stadtentwicklung, Straßenunterhaltung und die Planung der Landesgartenschau.

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse steigen 2018 um rund 2,6 Mio. EUR auf einen neuen Höchstwert von 18,5 Mio. EUR. Davon entfallen allein 8,3 Mio. EUR auf Betriebskostenzuschüsse für freie Träger von Kindertagesstätten. Darüber hinaus - sei es im Bereich Sport, Soziales oder Kultur - fördert die Stadt Fulda ihre Vereine, Verbände und Wohlfahrtsverbände weiterhin auf hohem Niveau.

Die Steueraufwendungen einschließlich der gesetzlichen Umlageverpflichtungen werden für das Jahr 2018 mit 33,6 Mio. EUR veranschlagt. Die wesentlichen Einzelpositionen sind dabei wiederum die Kreis- und die Gewerbesteuerumlage.

Die Abschreibungen bleiben mit 17,9 Mio. EUR auf nahezu unverändertem Niveau.

Meine Damen und Herren, bitte erlauben Sie mir, einige Aufgabenbereiche und Ziele für das Jahr 2018 und die folgenden Jahre näher in den Blick zu nehmen:

V.

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe:

Dieser Bereich stellt erneut den größten Einzeletat dar. Mit Blick auf 2018 gehen wir wiederum von deutlich steigenden Aufwendungen aus. Wir müssen und wollen uns dieser Aufgabe stellen, denn die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien ist eine der zentralen Aufgaben, um für eine gute Zukunft zu sorgen.

Die Aufwendungen steigen hier auf insgesamt 43,9 Mio. EUR. Nach Abzug aller Zuweisungen, Kostenerstattungen, Gebühren und sonstigen Erträgen bleibt ein Eigenbeitrag von 35 Mio. EUR, der aus städtischen Mitteln zu schultern ist.

Der deutliche Anstieg der Aufwendungen für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe hat mehrere Gründe: Zum einen ein zunehmender Aufwand im Bereich der Kindertagesbetreuung aufgrund von Gruppenerweiterungen, Sprachförderungen und steigender Betriebskostenzuschüsse an die freien Träger von Kitas. Zum anderen ein erheblicher Mehraufwand bei den Erziehungs- und Eingliederungshilfen, insbesondere bei seelisch Behinderten. Hervorzuheben sind auch die steigenden Leistungen aufgrund des neuen Unterhaltsvorschussgesetzes und damit einhergehenden wachsenden Fallzahlen. Allein für die Unterhaltsvorschussleistungen sind in 2018 zusätzlich 1,2 Mio. EUR eingeplant.

Die Aufwendungen für Personal- und Sachleistungen belaufen sich mittlerweile auf 13,2 Mio. EUR. Ursachen für diesen enormen Anstieg in den letzten Jahren sind vor allem die Regelungen der Mindestverordnung und des KiFöG, die Schaffung zusätzlicher Betreuungseinrichtungen, die Übernahme von Personal und gesetzliche Vorgaben wie zuletzt das Unterhaltsvorschussgesetz.

Der Etat für die Kindertagesbetreuung steigt insgesamt auf 22 Mio. EUR. Die Betriebskostenzuschüsse an freie Träger, d.h. an kirchliche und private Einrichtungen, erhöhen sich um 1,3 Mio. EUR auf 8,3 Mio. EUR.

Auch die Zahl der Kinder, die in städtischen Einrichtungen betreut werden, steigt an: Waren es 2016 noch ca. 950 Kinder, rechnen wir im Jahr 2018 mit 1.100 betreuten Kindern.

Der jährliche städtische Zuschuss pro Kitaplatz steigt weiter von 5.651 EUR auf über 6.000 EUR.

Ab August 2018 sollen in Hessen für alle drei Kindergartenjahre sechs Stunden am Tag von den Kindergartengebühren befreit werden. Die Gegenfinanzierung ist im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 2018/2019 mit insgesamt 440 Mio. EUR vorgesehen. Nach den Plänen der Landesregierung sollen die Kommunen auf Antrag 1.627,20 EUR pro Kind und Jahr erhalten. Grundsätzlich mag das Vorhaben der Landesregierung im Sinne der Familienförderung zu begrüßen sein. Allerdings darf das Geld durch den Entzug aus dem Finanzausgleich, d.h., es geht hier letztlich um kommunale Gelder, nicht an anderer Stelle den Städten und Gemeinden entzogen werden. Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle die Forderung unterstreichen, dass die Pläne der Landesregierung auch mit originären Landesmitteln und nicht mit dem Geld der Kommunen finanziert werden müssen.

Natürlich freuen wir uns in Fulda über stabile und sogar wachsende Kinderzahlen. Viele Gemeinden in der Region würden sich eine solche Entwicklung wünschen. Diese Freude ist aber auch mit Aufgaben verbunden.

Da es derzeit kaum freie Betreuungsplätze gibt und punktuell Engpässe bestehen, wird ein weiterer Ausbau von Betreuungseinrichtungen erforderlich sein. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf den Plätzen für Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren. Durch den Zuzug von Familien mit und ohne Fluchtgeschichte, durch die Ausweisung von Neubaugebieten, insbesondere in Sickels und Haimbach und durch die stabile Entwicklung der Geburtenzahlen ist der Bedarf hier besonders hoch.

Bei allen Mehrbedarfen ist es nicht nur eine erfreuliche Fußnote, dass die Aufwendungen für den Bereich der Heimerziehung voraussichtlich geringer ausfallen werden. Dies ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, sondern spricht für den Erfolg der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Amtes für Jugend und Familie, die sich seit Jahren bemühen, möglichst präventiv, niedrigschwellig und frühzeitig Kinder und Jugendliche mit ihren Familien zu begleiten, um den Schritt zur Heimerziehung, der im Übrigen auch besonders kostenaufwendig ist, zu vermeiden.

VI.

Schulen:

Die ständige Investition in unsere Schulen ist eine unserer zentralen Aufgaben, wenn es darum geht, dem Bildungsstandort Fulda Profil zu geben. Die Aufwendungen für den Bereich Schulen steigen um etwa 1,1 Mio. EUR auf 18,1 Mio. EUR.

Mit Blick auf die Investitionen können wir mit gutem Grund von einer neuen Bildungsoffensive für unsere Schulen sprechen.

Meine Damen und Herren, ich will es an dieser Stelle ganz offen sagen: Wir haben einige der bereits seit Jahren vorbereiteten Planungen, namentlich für die Ferdinand-Braun-Schule, die Bonifatiuschule und die Domschule, nochmals auf den Prüfstand gestellt. Wir sind dabei zu dem Entschluss gekommen, dass wir die bislang vorgesehenen Planungen grundlegend erweitern. In Anbetracht der zur Verfügung stehenden Mittel, der Kommunalen Investitionsprogramme „KIP 1 und 2“ und der voraussichtlichen Förderungen aus der sog. „Hessenkasse“ wollen wir jetzt die Chance nutzen, diese Schulen grundlegend und umfassend zu sanieren. Ich weiß, dass dies eine Entscheidung mit hoher finanzieller Tragweite ist, bitte aber um Ihre Unterstützung. Die bisherigen Planungen, die bis Anfang 2017 verfolgt wurden, waren sicherlich gut durchdacht, aber letztlich nicht umfassend genug, um die Arbeit der Schulen in den nächsten Jahren grundlegend auf eine gute Basis zu stellen.

Vor diesem Hintergrund schlage ich Ihnen in Abstimmung mit Bürgermeister Wehner und Stadtbaurat Schreiner vor, in den kommenden Jahren bis 2020 für die Bonifatiuschule und die Ferdinand-Braun-Schule jeweils ca. 10 Mio. EUR und für die Domschule 3 Mio. EUR zur Verfügung zu stellen.

Auch mit dem Haushalt 2018 setzen wir darauf, uns nicht auf die baulichen Kernaufgaben des Schulträgers zu beschränken, sondern umfassend für ein gutes Lernumfeld zu sorgen. Dazu gehört die Ausweitung unseres neuen Programms zur Förderung der Nachmittagsbetreuung. Mit diesem wollen wir erreichen, dass die Qualität in der Nachmittagsbetreuung weiter entwickelt werden kann. Für den Ausbau der Nachmittagsbetreuung und die Gebührenfreistellung der Eltern stellen wir im Jahr 2018 zusätzlich erhebliche Mittel bereit.

Die Förderung von Kindern am Nachmittag gewinnt in Anbetracht der gesellschaftlichen Veränderungen und sich wandelnder Bedürfnisse der Familien immer mehr an Bedeutung. Wir sind uns bewusst und dankbar dafür, dass zahlreiche wertvolle ehrenamtliche Initiativen in der Nachmittagsbetreuung über viele Jahre hinweg Herausragendes geleistet haben und weiterhin leisten wollen. Umso sensibler und in engem Dialog mit den Aktiven werden wir auch die Aufgabe angehen, die Qualitätsstandards weiter zu entwickeln und dort, wo es notwendig ist, zu vereinheitlichen.

VII.

Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Gewerbe und Verkehr:

Meine Damen und Herren, das vergangene Jahr hat uns besonders deutlich vor Augen geführt, dass Stadtentwicklung in einer wachsenden Stadt eine zwar schöne, aber doch in mannigfaltiger Hinsicht herausfordernde Aufgabe ist.

Die Diskussionen um die Entwicklung von Wohnraum im Gebiet Am Galgengraben, das Löhertor, die Kleingartenanlage Waidesgrund oder auch die Langebrückenstraße sind hierfür beste Beispiele.

Sowohl bei der Grundstücksvergabe für das Neubaugebiet Sickels, bei der Nachfrage nach Wohnraum für Studenten und Auszubildende als auch bei der schnellen Belegung von Wohnungen, die im Rahmen unseres Förderprogramms fertiggestellt werden, zeigt sich: der Bedarf an Wohnraum ist nach wie vor vorhanden. Deshalb ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auch künftig eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Der Haushalt 2018 stellt sicher, dass wir für diese Aufgabe und die weitere Stadtentwicklung handlungsfähig sind.

Für den Grund- und Immobilienerwerb sowie die zahlreichen Stadtentwicklungsprogramme, an denen sich die Stadt beteiligt oder beteiligen möchte, werden Mittel in bislang nicht erreichter Höhe zur Verfügung gestellt.

Allein für die Umsetzung der Förderprogramme Stadtumbau West, Aktive Kernbereiche, Soziale Stadt, Stadtumbau und Stadtgrün sind 8,0 Mio. EUR vorgesehen. Für

Grunderwerbe in Neubau, Gewerbe- und Stadtentwicklungsgebieten sind 14,7 Mio. EUR eingeplant.

Unser städtisches Förderprogramm zum sozialen Mietwohnungsbau ist knapp zwei Jahre nach seiner Verabschiedung nicht nur gut angelaufen, sondern trägt in diesem Jahr tatsächlich die ersten Früchte. Von daher danke ich Ihnen nochmals dafür, dass wir im Dezember 2015 in einem sicherlich sehr sportlichen Tempo unser städtisches Förderprogramm beschlossen haben. Das zahlt sich jetzt aus!

Wie bereits berichtet, konnten in der Kohlhäuser Straße, in der Georg-Antoni-Straße und in Rodges die ersten 35 Wohneinheiten hergestellt werden. Für 44 Wohnungen der GWG konnte mit Unterstützung des Landes Hessen die Mietpreisbindung verlängert werden. Für 2018 sind fast 50 neue Einheiten mit Schwerpunkt in Sickels in Planung. Ab 2019 können wir u.a. auf den städtischen Flächen in Haimbach und im Waidesgrund mit neuen Projekten rechnen. Von daher wird auch der Haushalt 2018 gewährleisten, dass mit 2,0 Mio. EUR hinreichend Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen.

Wir können mit Fug und Recht behaupten, dass wir auch in diesem Bereich im Vergleich zu anderen Städten gute Fortschritte gemacht haben. Wobei ich auch ganz offen sage, dass zusammen mit dem Land Hessen noch viel zu tun ist, um die bürokratischen Hürden beim sozialen Wohnungsbau zu meistern und die Investition in diese so wichtige Form des Wohnraums für Wohnungsbaugesellschaften, aber auch für private Träger, attraktiver zu gestalten.

Ich bekenne mich dazu, dass wir weitere Gewerbeflächen, insbesondere interkommunal, aber auch eigenständig als Stadt benötigen. Auch für dieses Ziel ist der Haushalt 2018 gut aufgestellt. Unser gemeinsames Problem in der Stadtregion ist hier die Flächenknappheit.

Die zahlreichen Baustellen auf Fuldas Straßen bereichern nicht nur die Beiträge zur Fuldaer Foaset, sondern sorgen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen für Ärger und Unmut. Das können wir vom Magistrat zumindest zum großen Teil wirklich gut nachvollziehen. Natürlich ist es ärgerlich, wenn man auch für gewohnt kurze Strecken aufgrund von Staus oder Baustellen Zeit verliert. Trotzdem bitten wir und bitte ich als Oberbürgermeister um das Verständnis dafür, dass die notwendige Investition in die Infrastruktur leider nicht ohne eine vorübergehende Be-

einträchtigung der Situation der Anlieger und Verkehrsteilnehmer möglich ist. Ich kann auch für 2018 nicht wirklich versprechen, dass die Anzahl der Baustellen geringer wird. Wir sehen vielmehr unsere Pflicht darin, weiter in unsere Infrastruktur zu investieren. Dazu gehören 2018 beispielsweise der Ausbau der Amand-Ney-Straße und der Pacelliallee. Und selbstverständlich haben wir auch den ÖPNV und die Radwege im Blick. So stehen für die Erneuerung von Buswartehallen 550.000 EUR und für den weiteren Ausbau der dynamischen Fahrgastinformation 465.000 EUR zur Verfügung.

Gerade bei den Themen Stadtentwicklung und Verkehr sehe ich das Zusammenspiel von Hessentag und Landesgartenschau als große Chance, um mit den entsprechenden Fördermitteln die Stadt für unsere Bürgerinnen und Bürger weiter zu entwickeln.

VIII.

Sicherheit und Ordnung, Ehrenamt:

Meine Damen und Herren, auch das vergangene Jahr hat uns deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, in der Gefahrenabwehr gut aufgestellt zu sein. Das gilt insbesondere für den Brandschutz und unsere Feuerwehren. Sei es der tragische Brand beim antonius Netzwerk Mensch im November 2016, seien es zum Glück glimpflich abgelaufene Brände bei den Firmen Milupa oder Jass: Trotz allem technischen Fortschritt müssen wir mit unseren hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kräften der Feuerwehren gut gerüstet sein. Und wir sind es unseren Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen schuldig, sie für Einsätze bestmöglich zu wappnen.

Für die Feuerwehren werden im Investitionsbereich Mittel von etwa 2,8 Mio. EUR und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 4,6 Mio. EUR bereitgestellt, dazu gehören auch die Mittel für den Neubau der Leitstelle und der Fahrzeughallen.

Das enge Zusammenspiel von haupt- und ehrenamtlichen Kräften ist ein Markenkern der Fuldaer Feuerwehren. Deshalb ist es so wichtig, dass das Ehrenamt den gleichen Stellenwert wie der hauptamtliche Bereich genießt. Das zeigt sich unter anderem darin, dass die Atemschutzgeräteträger der Freiwilligen Feuerwehr im Zuge des Austauschs der 2008 beschafften Schutzkleidung dieselben Feuerschutzanzüge wie

die hauptberuflichen Kräfte erhalten. Für die gesamte Beschaffungsaktion sollen in einem Mehrjahresplan rund 370.000 EUR zur Verfügung stehen.

Der Haushalt 2018 steht auch für unseren Auftrag, den Bürgerinnen und Bürgern die Gewissheit zu geben, in einer sicheren Stadt zu leben. Wir können und wollen uns nicht damit begnügen, dass das Polizeipräsidium Osthessen fast schon traditionell die höchsten Aufklärungsquoten bietet. Wir bekennen uns auch mit dem Haushalt 2018 dazu, dass Sicherheit nicht nur eine Grundvoraussetzung für Freiheit, sondern ein wesentlicher Faktor für Lebensqualität ist. Dies kommt u.a. in den Mitteln für Videoschutz und in Stellenausweitungen für den Bereich Sicherheit und Ordnung zum Ausdruck.

IX.

Sport, Kultur, Natur und Gesundheit:

Die Lebensqualität in einer Stadt wird maßgeblich durch ein vielfältiges Sport- und Kulturangebot geprägt. Der Haushalt beinhaltet wiederum eine verlässliche Förderung der Sport- und Kulturvereine. Für die Modernisierung des Stadions stehen allein im kommenden Jahr Mittel in Höhe von 650.000 EUR zur Verfügung, die voraussichtlich wieder durch erhebliche Fördermittel des Landes aufgestockt werden können. Auch bei den Bürgerhäusern kommen wir Schritt für Schritt voran. Nachdem in wenigen Wochen erfreulicherweise das umfassend sanierte Bürgerhaus im wachsenden Stadtteil Haimbach eingeweiht werden kann, stehen auch 2018 über 1 Mio. EUR für Investitionen in unseren Bürgerhäusern zur Verfügung.

Ein breites und qualitativ hochwertiges kulturelles Angebot ist nicht nur wesentlich für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für unsere Besucher und Touristen von Bedeutung. Hier setzt der Haushalt 2018 deutliche Akzente. Für das Theater- und das Konzertprogramm, für das Museum, für die Musikschule, die Bibliothek und für die freie Kulturarbeit stehen 1,2 Mio. EUR mehr als 2017 zur Verfügung. Die Investitionen in die Betriebsausstattung des Theaters und die Sanierung des Museumscafés stehen beispielhaft für unser Ziel, unsere Kultureinrichtungen attraktiv zu gestalten.

Auch unser Klinikum soll weiter gestärkt werden, um als kommunales Haus in einem schwierigen Umfeld bestehen zu können. Für Brandschutzmaßnahmen stehen 3,2 Mio. EUR bereit. Es ist bemerkenswert und keineswegs selbstverständlich, dass es dem Klinikum als kommunalem Haus gelungen ist, 2015, 2016 und aller Voraussicht auch 2017 ein positives Jahresergebnis zu erreichen. Nicht nur für diese Zahlen, sondern vor allem für ihren großen persönlichen Einsatz möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Vorstand des Klinikums danken.

X.

Stadtjubiläum 2019 und Großveranstaltungen – Fulda als Gastgeber:

Meine Damen und Herren, die gegenwärtige Lage der Stadt Fulda ist sicherlich gut. Unsere Stadt wächst. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, aber auch Besucher und Unternehmen wissen die zentrale Lage, die Schönheit der Stadt und ihre Lebensqualität zu schätzen. Das kommt auch ganz aktuell in dem gestern veröffentlichten Städterankings des Portals „Finanzen 100“ zum Ausdruck. Demnach wurde Fulda auf Platz 2 der attraktivsten Städte in ganz Deutschland gewählt.

Aber wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Bei der Einbringung des Haushalts 2017 habe ich als Ziel formuliert, dass wir uns darum bemühen sollten, überregional noch stärker als Gastgeber wahrgenommen zu werden. Ich würde mich freuen, wenn Sie dieses Ziel teilen und mit dem Haushalt 2018 die ersten Weichen stellen. Für das Jubiläumsjahr 2019 sind im Haushalt bereits zusätzliche Mittel für die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Kultur, Stadtmarketing und Tourismus veranschlagt. Die Mittel für einen möglichen Hessentag 2021 würden in den Haushalt 2019 einfließen. Für die Landesgartenschau 2023 sieht der Haushalt 2018 bereits einen eigenen Teilhaushalt mit ersten Bereitstellungen, bspw. für den Wettbewerb, vor.

Aufgrund unserer stabilen Haushaltslage, vorhandener Rücklagen und auf Sicht absehbar positiver Haushaltsprognosen haben wir meiner festen Überzeugung nach gute und belastbare Voraussetzungen, um eine solche Veranstaltungsreihe erfolgreich zu meistern. Nicht zum Selbstzweck, sondern zum Wohle der Stadt und für die Lebensqualität der Menschen. Selbstverständlich sollte dabei unser Ziel sein, so weit als möglich nicht auf eigene städtische Mittel, sondern auf Fördermittel zu setzen. Gerade hierfür bieten der Hessentag und die Landesgartenschau große Chancen für unsere Stadt. Lassen Sie uns diese Chancen nutzen!

XI.

Investitionen:

Ein Beleg für den Anspruch, Zukunftschancen zu nutzen und Fulda weiter zu bewegen, sind die geplanten Investitionen in Höhe von insgesamt 61,1 Mio. EUR.

XII.

Kredite und Verschuldung:

Der Finanzhaushalt sieht Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von insgesamt 1,5 Mio. EUR vor. Dabei handelt es sich um ein zinsloses Darlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds und dem Kommunalinvestitionsprogramm. Somit wird die Neuverschuldung wiederum auf das absolut notwendige Maß beschränkt. Es wäre töricht, diese Förderdarlehen des Landes nicht aufzunehmen. Gegenüber der Kreditaufnahme von 1,5 Mio. EUR sind Tilgungen in Höhe von 8,6 Mio. EUR geplant. Kassenkredite sind nach wie vor nicht vorgesehen. Das Wort „Kassenkredit“ ist ein Fremdwort für uns und so soll es auch bleiben!

Bemerkenswert ist unser Fortschritt beim Abbau der Verbindlichkeiten: Der Schuldenstand der Stadt betrug Ende 2014 noch 97,2 Mio. EUR. Für Ende 2018 planen wir mit einer Reduzierung des Schuldenstands auf 51,9 Mio. EUR. Das bedeutet, dass es uns gelingt, innerhalb von nur vier Jahren unsere Schulden aus eigener Kraft um fast die Hälfte zu reduzieren. Dieser Schuldenabbau ist ohne Zweifel hessen- und deutschlandweit vorbildlich. Ich persönlich kenne kein vergleichbares Beispiel.

Wie herausragend diese Leistung ist, spiegelt sich im Vergleich der sog. Pro-Kopf-Verschuldung wider. In Fulda wird sie sich Ende 2018 voraussichtlich auf 766 EUR pro Einwohner reduzieren. Dies ist nicht nur unter den Sonderstatusstädten und den kreisfreien Städten Hessens der niedrigste Wert, sondern auch deutschlandweit beachtlich niedrig.

Zum Vergleich: Wetzlar hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von 3.750 EUR, Offenbach von 7.500 EUR und Siegburg bei Bonn als einer der Spitzenreiter in Deutschland 10.000 EUR.

Auch der Zinsaufwand wird 2018 weiter sinken.

Meine Damen und Herren, auch dieser Haushalt verfolgt unser Ziel, in vorbildlicher Weise für die Idee finanzieller Nachhaltigkeit zu stehen. Dies ist keine rhetorische Wunschvorstellung, sondern durch Fakten und Kennzahlen belegt.

Wir verfügen über eine gute Basis, um unsere Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu erfüllen. Wir sind aber auch gut aufgestellt, um neue Impulse für die weitere Entwicklung unserer Stadt zu setzen.

Gerne würde ich gemeinsam mit Ihnen die Chancen, die sich Fulda bieten, nutzen!

Ich setze auch in diesem Jahr auf faire und konstruktive Haushaltberatungen, ich danke dem Team der Kämmerei für die intensive Vorbereitung und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Fulda, 27. Oktober 2017

Dr. Heiko Wingefeld
Oberbürgermeister